

Siebert, Horst

**Article — Digitized Version**

## Der Standort Deutschland in der Weltwirtschaft

Zeitschrift für Markt-, Meinungs- und Zukunftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Siebert, Horst (1994) : Der Standort Deutschland in der Weltwirtschaft, Zeitschrift für Markt-, Meinungs- und Zukunftsforschung, Demokrit-Verl., Tübingen, Vol. 37, Iss. 4, pp. 7813-7823

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1618>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Der Standort Deutschland in der Weltwirtschaft

Vortrag von Professor Dr. Horst Siebert anlässlich des "Councils - Standort Europa - Standort Deutschland -" der WESTAG Werbeagentur, Köln

*1. Ist für die deutsche Wirtschaft die See rauher und schwerer geworden? Oder ist unser Boot für die uns umgebende See nicht mehr tauglich? Weist es erhebliche strukturelle Schwächen auf, die bei schwerem Wasser zum Vorschein kommen? Welche Antwort hier gegeben werden muß - die rauhere See oder das untauglicher gewordene Boot - dies ist eine heftig diskutierte Frage der deutschen Wirtschaftspolitik.*

I.

### *Struktureller Faktor: Deutsche Vereinigung*

2. Unbestritten ist, daß die euphorische Fahrt nach dem Fall der Mauer, das Keynesianische Strohfeuer des Vereinigungsbooms mit realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 5,7 vH (1990) und 4,5 v.H (1991) eine Überhitzung der Wirtschaft war, der die Flamme ausging, als zusätzliche Transfers in die jungen Bundesländer nicht weiter nachzulegen waren, als das notwendige Niveau der Transfers erreicht war. Als bald war von diesem Strohfeuer die Asche der Rezession des Jahres 1993 übrig geblieben.

3. Wäre die derzeitige Rezession mit einem Minus beim Bruttoinlandsprodukt für Westdeutschland von 1,9 vH im Jahre 1993 nur ein konjunkturelles Phänomen, so befänden wir uns bald wieder in freundlicherer See, und es lassen sich sicherlich Argumente für diese konjunkturelle Sicht ins Feld führen: die weltweite Flaute, die die deutschen Investitionsgüter-Hersteller in besonderer Weise betrifft, neigt sich mit einer erwarteten Wachstumsrate von 1,75 vH in den Industrieländern (gegenüber 0,5 im Jahr 1993) dem Ende zu. Die rückläufige Tendenz in Westeuropa, unserem wichtigsten Absatzmarkt, wird - allerdings nur allmählich - überwunden.

4. Aber es gibt auch strukturelle Faktoren. Ein wichtiger struktureller Aspekt ist, daß sich im vereinigten Deutschland die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert haben. Die deutsche Vereinigung war - wirtschaftlich gesehen - ein Schock. Arbeit ist reichlicher vorhanden, Kapital ist knapper geworden. Zum einen ist der Kapitalstock in den jungen Bundesländern neu aufzubauen, bei der öffentlichen Infrastruktur wie in der privaten Wirtschaft; es wird Verlagerungen von privaten Investitionen nach Ostdeutschland geben, manches in Westdeutschland mag unterbleiben oder zeitlich hinausgeschoben werden. Zum anderen bedingt die Vereinigung staatliche Transfers in der Größenordnung von 150 Mrd. DM pro Jahr - gut 5 vH des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts. Daß Kapital knapper geworden ist, erkennt man an dem Swing im Leistungsbilanzsaldo von 150 Mrd. DM; aus dem Kapitalexporteur ist ein Kapitalimporteur geworden.

Aber auch Westdeutschland hat sich strukturell verändert. Die Staatsquote ist von 45 vH auf 52 vH gestiegen. Der marktwirtschaftliche Bereich ist geschrumpft. Deutschland ist

## TAGUNGEN

ein gutes Stück staatswirtschaftlicher geworden. In wichtigen Konkurrenzländern liegt die Staatsquote niedriger, in Japan und in den USA bei etwa 35 vH. Die Schulden- und die Steuerlast werden auf mittlere Frist in Westdeutschland drücken, und sie drohen, sich auf das Wachstum des Produktionspotentials, auf die Wettbewerbsfähigkeit auszuwirken. Die Bedingungen für wirtschaftliche Dynamik in Westdeutschland sind ungünstiger geworden. Das Realeinkommen der Arbeitnehmer, das nach Steuerzahlung verbleibt, ist gesunken. Hinzu kommt, daß die Bevölkerung im Durchschnitt älter wird; die arbeitende Generation hat eine größer werdende Last zu tragen. Die Finanzpolitik muß die Steuerlast - die Staatsquote - langfristig glaubwürdig zurückführen, auch um das Wachstumspotential wieder zu erhöhen.

### II.

#### *Struktureller Faktor: Produkte*

5. Eine weitere wichtige strukturelle Frage ist, ob wir bei unseren Produkten an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben, weil wir unsere preislichen Vorteile verloren haben oder weil wir von den Produkten her selbst in einer veränderten Welt nicht mehr attraktiv sind. Haben die deutschen Unternehmen ihre Vorteile eingebüßt? Spielen wir demnächst in der zweiten Liga?

Diese Frage mit der sich der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten ausführlich beschäftigt, wissenschaftlich zu beantworten, ist deshalb schwer, weil statistische Daten - vor allem im internationalen Vergleich - stets nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung zur Verfügung stehen. Wenn statistisch die Wettbewerbsschwäche ermittelt ist, ist das Kind längst über Bord gefallen.

- Tatsache ist, daß sich die deutschen Exporte in realer Betrachtung - also preisbereinigt - in den achtziger Jahren im Gleichklang mit der Zunahme des Welthandels entwickelt haben - mit 4,5 vH pro Jahr in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, aber im Zeitraum 1990 bis 1992 deutlich niedriger mit 1,7 vH, im Jahr 1993 mit minus 8,5 vH. Läßt sich dies alles nur mit dem deutschen Vereinigungsboom erklären?
- Tatsache ist, daß Kennziffern, die sogenannten RCA-Werte, die die komparativen Vorteile angeben, im Zeitraum 1989 - 1992 "bei vielen Produktgruppen zurückgegangen sind ... darunter besonders ausgeprägt bei Kraftfahrzeugen und Fernsehempfangsgeräten, insgesamt mehr als der Hälfte der eher im Bereich der forschungsintensiven Güter zuzuordnenden Warengruppen".
- Tatsache ist auch, daß die Kennziffern bei Waren der Informations- und Kommunikationstechnik einen sich stürmisch entwickelnden Weltmarkt, einem bei uns hoch regulierten Bereich, einen Standortnachteil ausweisen, wie im übrigen der Unterhaltungselektronik bei den Dienstleistungen.

Der Sachverständigenrat sieht jedenfalls Anlaß dafür, von Warnzeichen zu sprechen, die

zu beachten sind. Anders als am bukolischen Bodensee, wo am Ufer für die Segler alle paar Kilometer ein Warnlicht blinkt, wenn ein Wetterumsturz ansteht, sind die Ozeane der Weltwirtschaft nicht durch solche feinsinnigen Vorsichtsmaßnahmen gekennzeichnet. Hier ist Dynamik; die Schwellenländer am pazifischen Rand drängen nach vorne; mit China nimmt das weltwirtschaftliche Arbeitskräfteangebot gewaltig - um etwa ein Fünftel - zu, einige Länder Lateinamerikas reihen sich erfolgreich in die Weltwirtschaft ein, Mittel- und Osteuropa entdeckt seine Wettbewerbsvorteile. Die Weltwirtschaft bleibt nicht stehen. Andere Anbieter werden besser, Standortvorteile wandern in einem normalen Prozeß der internationalen Arbeitsteilung - etwa im Rahmen des Produktzyklus - in andere Regionen der Weltwirtschaft ab.

Diesem Wettbewerb von unten hat sich die deutsche Volkswirtschaft in den letzten 40 Jahren erfolgreich gestellt, nachdem sie anfänglich selbst einmal ein Wettbewerber von unten war. Im Verlaufe der Zeit sind Produkte aus unserer Exportpalette herausgefallen, die andere Länder übernommen haben. Diese Güter waren bei uns nicht mehr zu erstellen - das beste Beispiel ist der VW-Käfer. Diesem Wettbewerb von unten sind wir dadurch begegnet, daß wir auf den oberen Sprossen der Produktleiter neue Produktqualitäten und neue Güter hinzugefügt haben, die zusätzliche Exportpotentiale aufgebaut haben. Daß man sozusagen verlorenes Terrain im unteren Produktbereich durch eine bessere Exportpalette im oberen Segment kompensieren und auch überkompensieren kann - dies ist keine Selbstverständlichkeit.

Wir haben historisch genügend Beispiele dafür, daß Volkswirtschaften einmal errungene Positionen nicht verteidigen können; das beste Beispiel ist Großbritannien nach 1945. Eine Exportposition ist also keine gottgegebene Konstante.

Vielmehr scheint es realistisch zu sein, daß Deutschland verstärkt auch einem Wettbewerb von oben ausgesetzt ist, daß andere Länder mit ihren Produkten besser werden oder andere Standorte günstigere Bedingungen bieten. Wenn man nur die Produktseite betrachtet, so sind wir in einer Zange eines Wettbewerbs von unten und eines Wettbewerbs von oben.

*Die grundsätzliche Frage lautet:*

- Ist unsere Produktpalette auch an den verfeinerten Erfindungen des letzten Jahrhunderts festgemacht? Sind diese Produkte - ähnlich wie die Eisenbahntrassen - nur "vertüchtigt" worden?
- Verfolgen die deutschen Unternehmen die richtige Strategie, systematisch neue Produkte zu finden und systematisch diese Produkte auch auf den Weltmärkten zu platzieren?
- Stellen sich deutsche Unternehmen richtig auf diese technische Herausforderung ein?
- Suchen sie die technische Grenze nicht systematisch genug ab?
- Setzen deutsche Unternehmen technisches Potential richtig um?

## TAGUNGEN

- Sind die Unternehmen richtig organisiert?
- Sind die Anreize zur Auffindung neuen technischen Wissens bei uns richtig gesetzt?
- Sind die langfristigen Interessen des Unternehmens in den Aufsichtsräten richtig vertreten?
- Haben wir hinreichend Beispiele dafür, daß bei uns erfolgreich neue Unternehmen gegründet werden, aus denen auch größere Einheiten herauswachsen?

Für eine so stark außenhandelsabhängige Volkswirtschaft wie die deutsche - wir exportieren ein Drittel, Japan ein Sechstel, die USA ein Zwölftel - ist der Wettbewerb von unten und der Wettbewerb von oben eine gewaltige Herausforderung - eine Herausforderung, die strukturelle Anpassungen erfordert, wenn sie auch Chancen bietet, etwa wenn es gelingt, eine Vernetzung deutscher Unternehmen mit Mittel- und Osteuropa als Vorlieferant arbeitsintensiver und leicht humankapitalintensiver Produkte zuwege zu bringen.

### III.

#### *Struktureller Faktor: Arbeitskosten*

6. In den letzten vier Jahren hat es auch eine strukturelle Entwicklung von den Arbeitskosten her gegeben. Dabei spielen die unterschiedlichen Überwälzungsmöglichkeiten in der Binnenwirtschaft - dem Bereich der nicht-handelbaren Güter - und dem Bereich der handelbaren Güter der Exportwirtschaft, der näherungsweise durch das verarbeitende Gewerbe umschrieben werden kann, eine wichtige Rolle.

Die unterschiedliche Entwicklung zwischen dem verarbeitenden Gewerbe und der Gesamtwirtschaft zeigt sich, wenn man den realen Außenwert der DM und die Lohnstückkosten für das verarbeitende Gewerbe und für die Gesamtwirtschaft betrachtet. Dabei steht das verarbeitende Gewerbe näherungsweise für den Exportbereich, wo die Überwälzungsspielräume aufgrund des harten internationalen Wettbewerbs und der flauen Konjunktur eng waren. Im Ausland sind im Zeitraum 1985 bis 1992 die Lohnstückkosten stärker gestiegen als in Deutschland, wenn man 18 Industrieländer zum Vergleich heranzieht und wenn man auf die Gesamtwirtschaft abstellt. Der Unterschied im Anstieg liegt bei 14 vH. Für das verarbeitende Gewerbe gilt dies jedoch nicht. Hier liegt der Anstieg mit 3 vH in Deutschland höher.

Die D-Mark ist seit 1985 gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern aufgewertet worden, und zwar um 32,5 vH. Für die Wettbewerbsfähigkeit von Interesse ist nun der Nettoeffekt, der durch den realen Außenwert der D-Mark beschrieben wird.

Dieser gibt an, wie sich der Außenwert der D-Mark, also der Wert der D-Mark im Vergleich zu anderen Währungen, verändert hat, wenn die Preisveränderungen im In- und Ausland herausgerechnet werden. Wählt man die Lohnstückkosten für die Berechnung des

realen D-Mark-Wechselkurses, so zeigt sich aufgrund der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft seit 1985 eine Aufwertung um 16 vH. Legt man jedoch die Lohnstückkosten des verarbeitenden Gewerbes zugrunde, so liegt die Aufwertung bei 36 vH. Das heißt, die reale Aufwertung war für das verarbeitende Gewerbe wesentlich stärker.

Steigen in einer solchen Situation die Arbeitskosten stärker als die Produktivität, so findet eine Gewinnkompression statt. Von 1990 bis 1993 sind die Effektivlöhne pro Stunde insgesamt mit 24,8 vH gestiegen, die Stundenproduktivität nur mit 8,2 vH. Den damit verbundenen Anstieg der Lohnstückkosten hat das verarbeitende Gewerbe nicht überwälzen können. Das verarbeitende Gewerbe hat auf die Gewinnkompression mit einem massiven Abbau der Beschäftigung geantwortet, vom Frühjahr 1991 bis Jahresende 1993 um 900.000 Personen, mit einem besonders krassen Rückgang in bisher erfolgreichen Exportbranchen, um 160.000 Personen im Maschinenbau, um 130.000 Personen im Straßenfahrzeugbau, um 130.000 Personen in der Elektroindustrie und 50.000 Personen in der chemischen Industrie.

Die Zange für die Unternehmen zwischen kräftig steigenden Arbeitskosten und einem geringen Überwälzungsspielraum, auf die die Unternehmen durch einen Abbau der Beschäftigung reagieren, hat neben der Arbeitslosigkeit Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft. Infolge der Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen allgemein unsicheren Erwartungen geht der private Verbrauch zurück. Die Geldpolitik muß die Preisniveaustabilität verteidigen; die hohen Zinsen dämpfen die Inlandsnachfrage. Hohe Lohnsteigerungen und hohe Zinsen stehen oft am Anfang eines konjunkturellen Einbruchs, so zu Beginn der achtziger Jahre, so aber auch in den Jahren 1992/93. In diesem Sinn sind Rezessionen hausgemacht.

All dies erinnert an das pathologische Lernen, bei dem man sich zuerst die Finger verbrennen muß, ehe man das Verhalten ändert. Der Volksmund hat dieses Phänomen in manchem Sprichwort wie "Erfahrung ist ein langer Weg" festgehalten, so daß man wohl damit rechnen muß, daß trotz aller guten Ratschläge der Ökonomen die bittere Lehre der Rezession 1993 für die Beschäftigungssituation bald wieder abgeschrieben sein wird und der Lernprozeß wieder von neuem beginnt. Gilt also auch für die Deutschen das belgische Sprichwort: "Erfahrung ist der Kamm, den die Natur uns gibt, wenn wir keine Haare mehr haben."

#### IV.

##### *Struktureller Faktor: Ineffiziente Rahmenordnung*

7. Tatsache ist aber auch, daß die Bundesrepublik sich in ihrer Rahmenordnung allerhand Ineffizienz und Vergeudung auf den Produktmärkten erlaubt.

- durch die Subventionierung überkommender Wirtschaftsstrukturen mit erheblichen Verzerrungen, 75.000 DM pro Jahr und Mann in der Steinkohle, nahezu 200 DM pro Tonne, mit einem Jahrhundertvertrag, der die Strompreise verteuert, mit einem Hüt-

## TAGUNGEN

tenvertrag, der die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie beeinträchtigt, um die Absatzchancen der Kohle zu sichern,

- so bisher durch eine altväterliche Post à la Thurn und Taxis, womit die Entwicklungsperspektiven für die Kommunikationstechnologie - einen sich stürmisch entwickelten Weltmarkt - zugeschüttet wurden,
- durch die Regulierung anderer Bereiche, wie der Elektrizitätswirtschaft, wodurch ein Wettbewerb ausgeschlossen oder verringert wurde,
- durch die Unfähigkeit, eine modernere und kostengünstigere Infrastruktur in der Telekommunikation und im Verkehrsbereich bereitzustellen,
- durch komplexe institutionelle Regelungen, die die Einführung neuer Produkte betreffen (Gentechnologie), die aber auch die Bereitstellung der Infrastruktur betreffen mit Zeiten von 30 Jahren für einen neuen Flughafen wie in München und einem Gerichtsurteil, das die Elektrifizierung in Schleswig-Holstein stoppt,
- durch eine zu zaghafte Privatisierung. Die Bundesländer halten weiterhin industrielles Beteiligungsvermögen. Ein beachtlicher Teil der Versicherungen und des Bankensystems - Stichwort Sparkassen und Länderbanken - ist in öffentlicher Hand. Allein die Privatisierung der Sparkassen wäre ein großer Befreiungsschlag für die deutsche Finanzpolitik,
- durch ein Universitätssystem, in dem eine zentrale Lenkungsstelle die Studienplätze jungen Menschen zuweist und in dem es Elemente von Wettbewerb nicht gibt.

Insgesamt ist unser Land durch einen institutionellen Immobilismus gekennzeichnet. Neuere Überlegungen, die Volkswirtschaft zu modernisieren, sind den Deutschen fremd geblieben. Das gilt für die Idee des Netzwettbewerbs, etwa im Telefonbereich, obwohl andere Länder - die Hauptkonkurrenten der Deutschen - wie die USA, Japan, Großbritannien damit gute Erfahrungen gemacht haben.

Ja sogar Mexiko hat seine Telefongesellschaft mittlerweile privatisiert. Andere Länder in Lateinamerika ziehen nach. Deutschland beteiligt sich an diesem institutionellen Wettbewerb nicht. Auch die Chance, Deutschland im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Vereinigung institutionell zu modernisieren und damit flexibler zu machen, ist nicht genutzt worden.

In den letzten vierzig Jahren hat sich die deutsche Volkswirtschaft institutionell verkrustet; jedenfalls gelingt eine institutionelle Entschlackung oder eine Modernisierung nicht. Einmal erworbene Positionen werden im politischen Prozeß mit Macht verteidigt, auch wenn neue Entwicklungen sich abzeichnen. Man kann es nicht den Postkutschern überlassen zu entscheiden, ob die Eisenbahn eingeführt wird.

Bei uns ist die Bereitschaft gering, sich auf den Wettbewerb einzulassen. Das Verteilungs-

denken legt zusätzliche Fesseln an. Allenfalls kann man Impulse von der europäischen Einigung und dem institutionellen Wettbewerb zwischen nationalen Regulierungen in Europa für die institutionelle Modernisierung erwarten.

- Haben wir so viele Restriktionen in unser Wirtschaftssystem eingezogen, die alle beachtet werden müssen, daß Spontanität und Beweglichkeit abhanden gekommen sind?
- Haben wir den Spielraum für private Entscheidungen so eingeschränkt, daß Vitalität und Flexibilität verlorengegangen sind?
- Ist unsere Rahmenordnung der Marktwirtschaft so komplex geworden, daß Ursprünglichkeit und Kreativität nicht mehr gefragt sind?
- Haben wir anders als die Japaner die Anreize so gesetzt, daß der Brückentag oder der "Zwickeltag" zwischen einem Feiertag am Donnerstag und dem Wochenende fest in das deutsche Kalkül von Flensburg bis Konstanz eingegangen ist?
- Brennen die jungen Leute nicht mehr darauf, etwas zu schaffen?
- Haben wir unser Wirtschaftssystem so gestaltet, daß der einzelne nicht mehr Lust verspürt, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken?
- Haben wir eine Wirtschaftsordnung entwickelt, in der Leistungskraft und Innovation, Einfallsreichtum und Risikobereitschaft nicht mehr mit einer Prämie versehen werden?

Auch im Universitätsbereich würde Wettbewerb für eine größere Leistungsfähigkeit sorgen. Forschung und Lehre sind eine zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, und die deutschen Exporterfolge gegenüber der führenden Handelsnation Großbritannien im letzten Jahrhundert, etwa in der Chemie und im Maschinenbau, hatten ihre Wurzel in leistungsfähigen Universitäten.

Wie sieht unsere Universitätslandschaft heute aus?

Heute verwaltet eine staatliche Lenkungsstelle, die ZVS, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, den Mangel an universitären Ausbildungsplätzen.

- Was ist das für eine junge Generation, die nicht darüber revoltiert, daß eine staatliche Zentrale den Einzelnen einer Hochschule zuordnet und damit über sein Lebensschicksal entscheidet?
- Warum baut man in Deutschland darauf, daß eine staatliche Zentrale die Studenten auf die Universitäten verteilen kann?
- Warum ist die Politik nicht bereit, dem einzelnen Studenten die Entscheidung für die beste Universität zu überlassen?

Auch hier ziehen die Deutschen die zentralistische, organisatorische Lösung von oben dem

## TAGUNGEN

Wettbewerb vor. Deutsche Fakultäten sind zuweilen wie Friedhöfe. Es bewegt sich nichts. Ein bißchen Wettbewerb könnte hier manches Grabdenkmal zum Wackeln bringen. Wettbewerb würde nicht nur dem einzelnen Studenten Wahlmöglichkeiten einräumen. Wettbewerb würde auch Anreize für die Universitäten schaffen. Warum ist die Politik nicht bereit, einen Wettbewerb zwischen Universitäten, zwischen Fakultäten und zwischen ihren Mitgliedern zuzulassen?

Die neuere Wachstumstheorie, eine neue Forschungseinrichtung in der Ökonomie, betont, daß das technische Wissen nicht wie Manna vom Himmel fällt, sondern das Resultat der ökonomischen Prozesse und der Anreizsysteme einer Volkswirtschaft ist. Technischer Fortschritt wird "gemacht". Dabei spielen die Universitäten und die Forschungsinstitute eine zentrale Rolle. Dies ist auch zu bedenken, wenn wir uns mit Japan vergleichen.

V.

### *Struktureller Faktor: Arbeitsmarkt*

8. Für die zukünftige Entwicklung wird viel davon abhängen, ob es der Finanzpolitik gelingt, ein glaubwürdiges Konzept für die Rückführung der Budgetdefizite zu entwickeln - dabei dürfen die Westländer und die Westgemeinden, die ein wesentlich höheres Ausgabeniveau als der Bund haben, nicht zur Seite stehen. Viel wird davon abhängen, wie die Unternehmen sich mit der Produktpalette anpassen.

Aber: Ein weiterer wichtiger struktureller Faktor ist, ob - selbst wenn die bisher genannten Probleme gelöst wären - es dann dennoch aus strukturellen Gründen kein Gleichgewicht am Arbeitsmarkt gibt. Am westdeutschen Arbeitsmarkt hat sich seit 1970 in einem langfristigen Prozeß eine beachtliche Arbeitslosigkeit aufgebaut, von 150.000 Personen 1970 auf 2,7 Millionen, und mit einem weiteren Anstieg von 600.000 Personen, die arbeitsmarktpolitisch abgesichert werden. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu. Anders als bei der Rezession in den sechziger Jahren steigt die Sockelarbeitslosigkeit von Rezession zu Rezession an, ohne daß sie in der nachfolgenden Hochkonjunktur wieder abgebaut wird, und zwar um 700.000 Personen in der Rezession 1974/75, um 830.000 Personen in der Rezession 1981/82.

Nicht nur die Unternehmen, auch die Arbeitsplätze stehen im Wettbewerb, und die Arbeitskosten bestimmen zusammen mit der Arbeitsproduktivität, ob die Arbeitsplätze bei uns oder anderswo entstehen. In den letzten vier Jahren ist - wie bereits erwähnt - die Produktivität in Westdeutschland um 8,2 vH, der Effektivlohn um 24,8 vH gestiegen. Dies kann nicht gut gehen, zumal dann, wenn das verarbeitende Gewerbe - also die Exportwirtschaft - international kaum einen Überwälzungsspielraum hat. Zwar ist schon viel gewonnen, wenn Unternehmen wettbewerbsfähig werden, aber in der derzeitigen Situation erzielen die Unternehmen diese Wettbewerbsfähigkeit, indem sie Arbeitskräfte freisetzen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird durch Arbeitslosigkeit erreicht.

Allenthalben hört man die Formel, Deutschland sei ein Hochlohnland, und dies müsse auch

so bleiben. Diese Formel mag man gebetsmühlenartig beschwören, aber Magie und Zauberkraft sind nicht die richtigen Mittel, eine solche Position zu halten.

Diese Position muß sich im internationalen Wettbewerb behaupten, sie muß jeden Tag aufs neue errungen werden. In der Bevölkerung scheint sich die Meinung durchgesetzt zu haben, daß das Hochlohnland etwas Selbstverständliches, etwas Naturgegebenes ist, ja daß jeder Deutsche gegenüber seiner Regierung einen entsprechenden Anspruch einklagen kann. Aber das Hochlohnland ist nicht einklagbar. Die Politik hat bisher versäumt, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Sie hat dies im Prinzip der Wirtschaft überlassen. Vielleicht läßt sich auch die Bevölkerung nicht anders überzeugen, als daß man sich die Finger verbrennt. Aber der Anspruch an die Politik, eine bestimmte Einkommensposition bereitzustellen - von diesem Anspruch muß sich die Bevölkerung lösen. Es gilt, was John F. Kennedy gesagt hat: "Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, frage, was Du für Dein Land tun kannst."

Es mag verständlich sein, daß in den Lohnverhandlungen der Lohn als Einkommensfaktor für die Arbeitnehmer im Vordergrund steht, daß man darauf abstellt, den Lohn für die unteren Lohngruppen stärker zu erhöhen, daß jede Region einen gleich großen Einkommenszuwachs anstrebt. Aber der Lohn ist auch ein Kostenfaktor für die Unternehmen, und dieser Beschäftigungsaspekt darf nicht verdrängt werden. Indem darauf gesetzt wurde, die relative Einkommensposition von Sektoren zu halten, von Regionen zu sichern, der unteren Lohngruppen zu verbessern, haben wir den Arbeitsmarkt außer Kraft gesetzt.

- In Westdeutschland sind die Unterschiede der Arbeitslosigkeit zwischen den Bundesländern größer geworden. Die Arbeitslosigkeit differenziert sich also aus, aber die Lohnstruktur zwischen den Regionen reagiert nicht, sie bleibt konstant.
- Bundesländer mit hoher Arbeitslosigkeit zahlen hohe Löhne.
- In den drei Leistungsgruppen der Industrie nehmen die beiden unteren Gruppen in den letzten zwanzig Jahren beschäftigungsmäßig ab, aber die Lohnstruktur bleibt verblüffend konstant.

These: Wenn in einer Marktwirtschaft die Preise - hier der Lohn - auf Knappheit nicht reagieren, müssen sich die Mengen - hier Beschäftigung und somit Arbeitslosigkeit anpassen. Wir müssen uns auch fragen, ob die Tarifvertragsparteien nicht zu sehr an die Insider denken, an diejenigen, die Arbeit haben und nicht die Outsider, die außen stehen.

Es wäre verfehlt, davon auszugehen, daß wir das Problem der Arbeitslosigkeit über Wachstum lösen können. Es kommt vielmehr darauf an, daß das Wachstum beschäftigungsintensiv ist. Dies wiederum hängt vom Lohnniveau, von der Lohnstruktur und von institutionellen Regelungen des Arbeitsmarktes ab.

Wir sollten auch nicht davon ausgehen, daß zusätzliche Arbeitsplätze im industriellen Sektor entstehen. Der Trend verläuft in die andere Richtung. Wichtig ist, daß in einer Volks-

## TAGUNGEN

wirtschaft nicht alle Arbeitsplätze die gleiche Produktivität haben können, daß wir auch in einem Hochlohnland eine Produktivitätstreppe haben. Auch die unteren Stufen dieser Produktivitätstreppe stellen gesellschaftlich nützliche Arbeit dar. Hier hat niemand die Nase zu rümpfen. In der Vergangenheit ist es nicht gelungen, auf allen Stufen der Produktivitätstreppe Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist meines Erachtens die große Aufgabe für die nächsten Jahre.

9. Die Lohnstruktur muß dabei ihren Part spielen, aber auch institutionelle Regelungen sind von Bedeutung, so die nicht vorhandenen Einstiegetarife, die fehlerhafte Interpretation des Günstigkeitsprinzips, die nicht im Interesse der Arbeitnehmer liegt, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die mangelnde tarifliche Absetzung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Lassen Sie mich ein Detail beleuchten. Ich meine den Einkommensunterschied netto zwischen Einkommen aus sozialer Absicherung - etwas aus Sozialhilfe - und dem Einkommen der Industrie der Leistungsgruppe 3. Dieser Abstand liegt für einen Drei-Personen-Haushalt (verheirateter Arbeitnehmer mit einem Kind) bei 85 vH. Da dieses Einkommen aus Sozialhilfe ein Eckpunkt auch für die unteren Lohngruppen ist, beeinflußt dies nicht nur das Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer, sondern auch den Lohnbildungsprozeß. Dieser Abstand ist in den letzten zwanzig Jahren um etwa 15 Prozentpunkte geringer geworden.

Auch der Abstand für das Einkommen aus sozialer Absicherung zu dem Einkommen des Facharbeiters - also der obersten Lohngruppe -, auch dieser Abstand ist in den letzten zwanzig Jahren geschrumpft, und zwar in dem betrachteten Beispiel um 16,5 Prozentpunkte. Damit ist die Differenzierungsspanne in der gesamten Volkswirtschaft geringer geworden.

Wenn die Arbeitslosigkeit bei uns zu einem großen Teil durch eine Außerkraftsetzung des Marktmechanismus zustande gekommen ist, so wäre es verfehlt, das Glück nur darin zu suchen, daß der Staat die Arbeitsplätze bereitstellen muß oder daß er die Kosten der Arbeit zu tragen hat. Dies muß auf lange Sicht zu einer Schwächung der Wirtschaft beitragen, da diese staatlichen Maßnahmen in irgendeiner Form zu finanzieren sind.

## VI

10. Das Fazit: Wir haben nicht nur eine rauhe internationale See, MS Deutschland hat auch strukturelle Probleme - strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt, die dadurch behoben werden müssen, daß wieder verstärkt Arbeitsplätze im privaten Sektor entstehen und daß der Arbeitsmarkt leichter ein Gleichgewicht findet, daß die Löhne im Ausmaß der Produktivität angehoben werden, daß die Löhne nach Regionen, Sektoren und Qualifikationen wesentlich stärker differenziert werden, und daß die institutionellen Regelungen des Arbeitsmarktes überdacht werden,

- strukturelle Probleme im institutionellen Rahmen unserer Volkswirtschaft, die dadurch behoben werden müssen, daß das Land insgesamt eine größere Bereitschaft aufbringt, sich institutionell zu modernisieren und die Bevölkerung begreift, daß sich nicht nur die Unternehmen in einem Wettbewerb auf den Gütermärkten befinden, sondern sich das

Land in einen institutionellen Wettbewerb, in einen Standortwettbewerb, in der Weltwirtschaft stellen muß und daß in diesem Standortwettbewerb die Bereitstellung der Infrastruktur, aber auch das Steuersystem und die institutionellen Regelungen ein wichtiger Faktor sind,

- strukturelle Probleme in der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen, deren Überwindung sich aber auf den Arbeitsmarkt auswirken wird und die dadurch zu beheben sind, daß die Unternehmen selbst die internen Bedingungen für Erfindung und Innovation überdenken und daß der Staat günstige Rahmenregelungen in diesem Bereich schafft, ohne also in die Rolle einer aktiven Industriepolitik zu schlüpfen und schließlich
- strukturelle Probleme, die aus der deutschen Vereinigung erwachsen und die dadurch behoben werden müssen, daß die Deutschen ein neues Policy-Mix finden, vor allem aber, daß sie in einer langfristigen Konsolidierungsanstrengung die Staatsquote wieder zurückführen.

Hoffen wir, daß es richtig ist, daß die Deutschen dann besonders gut werden, wenn sie in eine Krise geraten. Eine Krise kann immer auch eine Regierungskrise sein. Wie Max Frisch sagt: "Die Krise ist ein produktiver Zustand".

### Schreckt der Preis-Stern Kunden?

*Heinrich Happel vor dem Marketing Club in Augsburg*

"Gegen die Rezession ist auch der Handel machtlos. Doch wenn die Einzelhändler in ihrer Werbung nicht so vieles falsch machten, kämen auch in schwieriger Zeit die Kunden zu ihnen statt zur Konkurrenz. Vor dem Marketingclub Augsburg lieferte Werbeexperte Heinrich Happel dazu praktische Hinweise.

'In der Werbung ist jedes Mittel recht', behauptet er - aber mit einer wichtigen Einschränkung: 'Es muß total seriös sein.' Doch auffallen und aus der Masse abheben ist zwingend erforderlich angesichts von 1300 Werbebotschaften, denen jeder Mensch hierzulande täglich ausgesetzt ist. '1265mal zeigt sich der Angesprochene dabei resistent', so Happel. Zu den längst bekannten, aber selbst von großen Kaufhäusern mißachteten Grundregeln gehört laut Happel die ständige Wiederholung. 'Man darf variieren, aber nicht verändern.' Die wichtigste Farbe sei Weiß und die wichtigste Regel laute: 'Werbung soll Sympathie erzeugen. Die Botschaft sollte möglichst personalisiert werden. Dazu gehören Handschrift und Bilder. 'Nehmen Sie Ihr Bild aufs Autodach und schreiben Sie Ihre Botschaft drauf. Da haben Sie drei Millionen Blickkontakte', rät Happel. Auch zufriedene Kunden im Bild seien wertvolle Werbeträger.

Wenn die Grundregeln beachtet werden, komme es bei der Zeitungsanzeige gar nicht so sehr auf die Plazierung an. Aber auch hier gelte unter anderem: weißer Hintergrund, Bild, klare Aussage und Wiedererkennungswert. 'Aber hüten Sie sich vor Preissternen', warnt Happel. Warum? Weil Werbung Sympathie wecken soll, dürfe sie nichts zeigen, woran sich Menschen verletzen können. Da muß auch der Metzger auf dem Werbefoto das Messer aus der Hand legen."